

Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Landrat Hagen Jobi

Zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2008
des Oberbergischen Kreises in der Kreistagssitzung am 13.12.2007

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor einem Jahr hier stand, waren es Millionen-Löcher, die Hartz IV in den Kreishaushalt riss, die Kreisumlage nach oben schraubte und das Stimmungsbarometer zwischen Rathäusern und Kreishaus auf dem Tiefstand angekommen war. Wir haben uns in der Kreisverwaltung nicht beirren lassen, sondern die Konsolidierung des Kreishaushaltes konsequent fortgesetzt.

Dazu haben wir an vielen Stellschrauben gedreht. Mit Erfolg. Heute kann ich Ihnen für das Jahr 2008 einen Haushalt präsentieren, der einen strukturellen Ausgleich aufweist und in dem sich die Altfehlbeträge reduzieren werden.

Die gute Nachricht für die Rathäuser zuerst: Die Kreisumlage sinkt von 46,8 auf 41 Prozentpunkte. Mit dieser deutlichen Entlastung unserer Kommunen dokumentiert der Oberbergische Kreis seine Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden. Wir wirken nachhaltig an der kontinuierlichen Konsolidierung der Kommunen mit.

Im vergangenen Jahr musste sich der Oberbergische Kreis von den Bürgermeistern als „böser Bube“ beschimpfen lassen. Der Kreishaushalt wurde als „eine riesige Frechheit“ dargestellt.

Genau ein Jahr später sind diese Stimmen verstummt. Nachdem ich den Bürgermeistern den Kreishaushalt 2008 in meiner Dienstbesprechung am 14.11.2007 vorgestellt habe, ist der Protest bis heute ausgeblieben.

Mit einem kleinen Augenzwinkern möchte ich daher behaupten, dass die Verwaltungschefs der Städte und Gemeinden offenbar endlich erkannt haben, dass sich der Kreis seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen bewusst ist.

Der Oberbergische Kreis hat seine Hausaufgaben gemacht. Bei meinem Amtsantritt im Jahr 2004 habe ich unter anderem das Ziel der Stärkung der kommunalen Familie ausgegeben und das Handeln der Verwaltung daran ausgerichtet. So hat der Oberbergische Kreis

- anstelle der Möglichkeit, den Haushalt über die Kreisumlage auszugleichen eine Fehlbetragsteilung mit den Städten und Gemeinden vereinbart und
- zu Lasten des eigenen Haushaltes im vergangenen Monat die Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes NRW in Höhe von über 4 Mio. € an die Kommunen weitergegeben.

Dieser letzte kamerale Haushalt, den ich heute gemeinsam mit Kreiskämmerer Werner Krüger in den Kreistag einbringe, ist das Ergebnis der restriktiven Ausgabenpolitik, die der Oberbergische Kreis seit Jahren praktiziert und auch in Zukunft fortsetzen wird. Dieser Haushaltsentwurf fällt vor allem auch dank der guten konjunkturellen Entwicklung so positiv aus.

Dennoch besteht kein Grund zur Euphorie. Dafür enthält der Haushalt 2008 nach wie vor zu viele Unwägbarkeiten, auf die Kreiskämmerer Krüger aber auch ich nachher noch ausführlich eingehen werden.

Hauptteil

Restriktive Personalpolitik

Mein Damen und Herren,

um unseren Haushalt zu konsolidieren, mussten wir an der Schraube „Personalkosten“ drehen. Wir haben unsere restriktive Personalpolitik weitergeführt. Mein Allgemeiner Vertreter Jochen Hagt und ich halten an dem Ziel fest: die Personalausgaben bleiben 2008 mit 36,44 Millionen Euro auf Vorjahresniveau.

Die vom Land NRW beabsichtigte Reform von Versorgungs- und Umweltverwaltung wird die Anzahl der Stellen allerdings verändern. Die Auswirkungen werden wir Ihnen im Veränderungsnachweis darstellen.

Auf die Entwicklung der Personalkosten wird der Kreiskämmerer gleich ausführlich eingehen.

Hartz IV

Eine andere Stellschraube ist die ARGE Oberberg. Die Schraube sitzt seit diesem Jahr fest. Der Aufbau von Personal und Infrastruktur ist abgeschlossen. Zweieinhalb Jahre nach Gründung zeigt sich, wie sinnvoll es ist, vor Ort in den Kommunen vertreten zu sein. Auch die klare Trennung von Leistung und Vermittlung hat sich bewährt. Anhand von zwei Zahlen lässt sich der Erfolg des Modells gut verdeutlichen: Die Zahl der arbeitslosen Menschen, die im Oberbergischen Kreis Hartz-IV-Leistungen beziehen, verringerte sich im Oktober 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 16 Prozent. Im Landesdurchschnitt waren es weniger als 12 Prozent. Auch die Leistungen für Unterkunft und Heizung waren 2007 rückläufig. Der Haushaltsansatz für 2008 konnte deshalb – entgegen dem Bundestrend – um 1,5 Millionen Euro reduziert werden. Oberberg kann sich sehen lassen: In der Vergleichsstatistik der Bundesagentur für Arbeit stehen wir in NRW weit oben.

Selbst gut organisiert sein ist das eine, Bundesgesetze sind das andere. Dennoch habe ich nicht untätig mitangesehen, wie der Bund uns das Leben schwer macht, sondern habe mit dem Gummersbacher Appell ein wichtiges Signal Richtung Berlin gesandt. Dieses Jahr ernten wir erstmals die Früchte dieser konzertierten Protestaktion von Kreisen und

Kommunen. Für 2007 hat der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger auf 31,2 Prozent erhöht. Außerdem hat das Land Wohngeldersparnisse neu verteilt. Die Erstattung in Höhe von rund 4,2 Millionen Euro hat der Kreis an die Kommunen ausgeschüttet.

Addieren wir die Erfolge der ARGE Oberberg mit der Erhöhung der Bundesbeteiligung kommt unterm Strich für den Oberbergischen Kreis 2007 eine schwarze Null heraus. Ein sehr beachtliches Ergebnis, wenn man bedenkt, dass Hartz IV 2005 und 2006 mit insgesamt rund 9,7 Millionen Euro zusätzlichen Ausgaben zu Buche schlug. Diese positive Entwicklung trägt maßgeblich dazu bei, dass wir die Kreisumlage senken können und unsere Kommunen entlasten.

Doch die „Schraube Hartz IV“ sitzt bedenklich locker. Statt erleichtert durchatmen zu können, habe ich schon wieder Protestbriefe nach Berlin schicken müssen. Der Bund streut mit seinem Beschluss, die Bundesbeteiligung 2008 auf 28,6 Prozent zu senken, erheblich Sand in unser Getriebe. In Zahlen ausgedrückt: Eine Senkung des Bundesanteils wird den Oberbergischen Kreis jährlich zusätzlich 850.000 Euro kosten. Auch die kommunalen Spitzenverbände und die Länder lehnen die Reduzierung ab und fordern eine Anpassungsformel, die sich an den Ausgaben orientiert statt an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften.

Krankenhäuser

All unser betriebswirtschaftliches Handwerkzeug ist vor allem aber auf einer anderen Baustelle gefragt. Meiner Meinung nach die wichtigste, die es zurzeit im Oberbergischen Kreis gibt. Es geht darum, die stationäre medizinische Versorgung im Oberbergischen Kreis auf Dauer zu sichern. Das ist **die** zentrale Aufgabe für das kommende Jahr. Seit Monaten arbeiten wir bereits intensiv daran, die Voraussetzungen zu schaffen, um unsere beiden Kreiskrankenhäuser unter dem Dach einer Holding zusammenzuführen. Nur die Holding sichert beiden Krankenhäusern das wirtschaftliche Überleben. Die medizinische Versorgung ist dank der

hervorragenden Arbeit von Ärzten und Pflegepersonal an beiden Standorten sehr gut – und das muss und wird so bleiben.

Die Holding muss zügig realisiert werden. Denn jeder Tag, an dem wir die Synergien einer Holding nicht nutzen, kostet beide Häuser bares Geld. Daher schlage ich vor, Anfang 2008 eine Sondersitzung des Kreisausschusses und des Kreistages durchzuführen. Wir müssen aufs Gas treten, weil wir keine Zeit verlieren dürfen.

Jugendamt

Sehr geehrte Damen und Herren,

dringender Handlungsbedarf besteht auch im Jugendhilfe-Bereich. Schicksale, wie das der verhungerten Lea-Sophie aus Schwerin oder der getöteten Kinder in Schleswig-Holstein und Plauen, haben wir in Oberberg zum Glück bislang nicht erlebt. Aber Realität in Oberberg ist: Immer mehr junge Familien sind den alltäglichen Anforderungen nicht mehr gewachsen. 850 Familien brauchen zurzeit in den neun Kommunen, für die das Kreisjugendamt zuständig ist, die Betreuung durch unsere Fachleute.

Um den Kindern und Jugendlichen zu helfen, geht der Soziale Dienst in die Familien. Aber mehr als 100 Mädchen und Jungen werden in Pflegefamilien und weitere 100 im Kinderheim betreut. Ein Heimplatz kostet im Jahr 50.000 Euro. Selbst in unserem ländlich strukturierten Kreis steigen die Kosten für die „Hilfen zur Erziehung“ Jahr für Jahr um mehrere Hunderttausend Euro. Waren es 2007 noch 11,7 Millionen Euro werden es 2008 schon 12,4 Millionen sein.

Wir müssen dringend etwas tun, um den Kindern und Jugendlichen früher zu helfen und um die Kosten im Griff zu behalten.

Das Jugendamt unternimmt bereits jetzt schon so viel es kann. Jüngstes Beispiel: Ende November startete das Jugendamt eine Fortbildung zur

Kinderschutzfachkraft, die bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe auf großes Interesse gestoßen ist. Sie lernen in der Fortbildung unter anderem, die äußere Erscheinung und das Verhalten von Kindern sowie die Wohnsituation richtig zu deuten.

Das Projekt ist Sinnbild für die künftige Ausrichtung der Arbeit des Jugendamtes: Zurzeit erstellen wir ein neues Konzept mit dem zentralen Schwerpunkt Prävention, das wir Ihnen im kommenden Jahr vorstellen werden. Das Jugendamt muss mehr vor Ort sein und mehr Projekte wie diese Fortbildung realisieren. In Vorbereitung befindet sich beispielsweise ein Besuchsdienst für Neugeborene. Das vom Kreisjugendamt vor drei Jahren etablierte Frühwarnsystem in Hückeswagen wird auch in Waldbröl eingeführt. Aktuell informieren Jugend- und Gesundheitsamt mit Unterstützung des Hauses früher Hilfen in Kindertagesstätten, die auch unter Dreijährige betreuen, Erzieherinnen und Eltern über die Entwicklung dieser kleinen Kinder. Wenn wir es schaffen, Eltern kleiner Kinder zu stärken, dann vermeiden wir in späteren Jahren Schwierigkeiten, die womöglich für die Kinder im Heim enden.

Aufsuchende Familienhilfe – agieren, statt reagieren – ist mehr denn je gefragt. Um somit näher an den Familien zu sein, die unsere Hilfe brauchen, wird das Jugendamt in Zukunft personell verstärkt werden müssen. Das Wohl hunderter Kinder im Kreis muss uns das wert sein.

Altenhilfe

Doch wir widmen uns nicht nur den Jüngsten im Kreis. Auch die Ältesten stehen im Focus der Arbeit der Kreisverwaltung. Die Zahl der Menschen in Heimen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist weiter gestiegen und damit auch die Kosten. Die Auswirkungen des demographischen Wandels sind hier bereits Realität.

Handeln war angesagt. Im März dieses Jahres hat der Kreistag auf meinen Vorschlag das „Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Altenhilfesystems im Oberbergischen Kreis“ beschlossen. In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden haben wir mit dem Rahmenkonzept „integrierte Senioren- und Pflegeberatung“ einen einheitlichen Handlungsrahmen für alle 13 Pflegeberatungsstellen im Kreis entwickelt. Am 1. Januar 2008 geht's los. Es gibt keine Alternative zu diesem Weg, wenn Kreis und Kommunen den demographischen Veränderungen und dem Wunsch der älteren Menschen nach einem möglichst lange selbstbestimmten Leben zu Hause gerecht werden wollen.

Mit dem „integrierten Altenhilfesystem“ schaffen wir nicht nur die Voraussetzung, die steigenden Sozialhilfeausgaben zu begrenzen, sondern nehmen schon jetzt absehbare gesetzliche Änderung vorweg. Die Weiterentwicklung des Pflegegesetzes sieht in einem Entwurf die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor, die gemeinsam von Pflege- und Krankenkassen sowie Kommunen getragen werden sollen.

Demographie

Der Oberbergische Kreis stellt sich im Verbund mit den Städten und Gemeinden dem demographischen Wandel. Vor einem Jahr haben wir das Demographieforum ins Leben gerufen. Wir klären in einer Wanderausstellung über die lokalen Folgen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung auf. Das zuständige Amt für Kreis- und Regionalentwicklung hat zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter regionaler Unternehmen über die Chancen informiert, die der Wandel für die Wirtschaft mit sich bringt. Wir erstellen – finanziell unterstützt durch die regionalen Sparkassen – eine Studie über die bevorzugten Wohnformen und -orte der Menschen im Kreis, um die Ausweisung von Wohngebieten und den Bedarf an Infrastruktur für die Zukunft besser planen zu können. Mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung fanden 2007 zwei Trainingsmodule mit großer Beteiligung aus Kreis und

Gemeinden statt. Im ersten Halbjahr 2008 wird der erste Demographiebericht zur Kreisentwicklung vorliegen.

Kinder sind unsere Zukunft. Daher hat der Oberbergische Kreis mit vielen Partnern das „Oberbergische Bündnis für Familie“ vor einem Jahr aus der Taufe gehoben und seitdem eine Reihe von Aktivitäten angestoßen. Unter anderem haben wir dem Tagesmütternetz kreiseigene Räume in einem Haus am Wiedenhof zur Verfügung gestellt, so dass die Tagesmütter nun mit einem erweiterten Angebot Eltern darin unterstützen können, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Audit Beruf und Familie

Wie wird sich die Altersstruktur innerhalb der Kreisverwaltung entwickeln? Eine Frage auf die wir in Kürze Antworten geben können. Um junge Familien an uns zu binden, gibt es in der Kreisverwaltung schon lange eine Reihe von Maßnahmen wie das Programm für Mütter, die nach der Babypause wieder in den Beruf einsteigen wollen. Wir bieten flexible Arbeitszeiten und seit diesem Jahr ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer, in dem Väter und Mütter bei Betreuungsgängen ihre Kinder vorübergehend mit ins Kreishaus bringen können. Das Grundzertifikat „audit beruf und familie“ dürfen wir uns daher schon ans Revers heften. Bis Herbst 2008 gilt es jedoch ein Bündel von Maßnahmen umzusetzen, damit wir das Zertifikat behalten dürfen. Ich sehe die Kreisverwaltung auf einem guten und für andere Institutionen und Unternehmen beispielhaftem Weg.

Zertifikate

Für die hohe Qualität unserer Arbeit wurde bereits die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises zertifiziert. Das Qualitätsmanagement des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes wurde Ende 2006 zertifiziert und mit dem lachenden Gesicht des Smilys zeichnen unsere Lebensmittelkontrolleure seit diesem Jahr Gastronomiebetriebe aus, die vorbildlich arbeiten. Mit Brief und Siegel hat uns der TÜV zuletzt vor drei

Wochen bescheinigt, dass die Kreisverwaltung zügig, bedarfsorientiert und verlässlich arbeitet, wenn es um die Bedürfnisse des Mittelstandes geht. Als mittelstandsfreundliche Verwaltung entscheiden wir über gewerbliche Bauanträge innerhalb von 40 Arbeitstagen, bezahlen Rechnungen innerhalb von 14 Arbeitstagen, bieten feste Ansprechpartner, reagieren innerhalb eines Arbeitstages auf E-Mails und Anrufe. Kurz: wir schaffen die Rahmenbedingungen, die Unternehmen brauchen.

Wirtschaftsförderung

Die erfolgreiche Überprüfung durch den TÜV ist die Voraussetzung dafür, dass die zuständige Gütegemeinschaft dem Oberbergischen Kreis Anfang 2008 die Zertifizierungsurkunde überreichen wird. Dann haben wir es schwarz auf weiß: der Oberbergische Kreis ist ein wirtschaftsfreundlicher Kreis, und zwar der erste im Regierungsbezirk Köln. Ich habe zwischenzeitlich alle Bürgermeister (Ausnahme: Hückeswagen) angeschrieben, sich ebenfalls entsprechend zertifizieren zu lassen, damit der Oberbergische Kreis im Verbund als mittelstandsorientiert landes- und bundesweit bekannt wird.

In der Wirtschaftsförderung arbeitete der Motor Kreisverwaltung 2007 auf Hochtouren.

Der Bildungsscheck, mit dem Fort- und Weiterbildung in Unternehmen landesweit gefördert wird, erfreut sich großer Nachfrage. Die Wirtschaftsförderung vermittelt eine Menge Wissenswertes. Mit der neuen online-Börse für Gewerbe-Immobilien haben wir einen weiteren Service für Unternehmen geschaffen.

Eine Plattform für die Kunststoffbranche bietet die Wirtschaftsförderung seit diesem Jahr mit der Kompetenzfeld-Initiative-Oberberg, kurz: KIO. Die 89 Unternehmen der Gummi- und Kunststoffherstellung mit 7600 Beschäftigten stellen die stärkste Einzelbranche der Industrie im Kreis. Die Erkenntnis, dass Oberberg zweitstärkster Kunststoff-Standort in

Deutschland ist, setzt sich mehr und mehr durch – nicht zuletzt, weil die Wirtschaftsförderung das Thema besetzt hat.

Regional starke Branchenformationen führen unsere Wirtschaftsförderer in Unternehmensnetzwerken zusammen. Unser Ziel: wir wollen unsere Stärken stärken, damit der Standort Oberberg weiterhin attraktiv bleibt. Die Wirtschaftsförderung hat in 2007 zu zwei sehr erfolgreichen Unternehmerforen eingeladen. Beim ersten Forum ist es uns gelungen, in dem Netzwerk der Kunststoffbranche Unternehmen quer durch den Kreis zu versammeln. Das zweite Unternehmerforum haben wir anlässlich der FH-Eröffnung auf dem Steinmüller-Gelände veranstaltet, um die Wirtschaft über das Leistungsspektrum des Campus Gummersbach zu informieren. Wieder mit überwältigender Resonanz. Wirtschaft und Wissenschaft müssen noch viel intensiver als bisher ihre Kompetenzen austauschen und voneinander profitieren. Den Wissenstransfer zwischen Forschung, Wirtschaft und Verwaltung werden wir weiter ankurbeln.

Arbeits- und Ausbildungsplätze in Oberberg halten und ausbauen, das ist eins von vielen Etappenzielen, die wir mit unseren Aktivitäten erreichen wollen. Dazu trägt auch das Engagement des Oberbergischen Kreises in der Ausbildungsinitiative Oberberg bei. Die von der Initiative auf den Weg gebrachte Oberbergische Koordinierungsstelle Ausbildung arbeitet immer erfolgreicher. Es hat sich bewährt, eine Schnittstelle zwischen Schulen und Unternehmen einzurichten, um Jugendliche frühzeitig vorzubereiten und Unternehmen passgenau Azubis zu vermitteln. Es ist auch ein Verdienst der Koordinierungsstelle, dass der oberbergische Lehrstellenmarkt 2007 mit dem besten Ergebnis seit zehn Jahren abschließt. 16,7 Prozent mehr Ausbildungsstellen wurden angeboten. Es läuft.

Regionale 2010

Wenn es darum geht, einen Motor anzuwerfen, dann ist die Regionale 2010 ein hervorragender Kraftstoff. Für alle oberbergischen Projekte

ging es 2007 vorwärts. Auf dem Steinmüllergelände ist der Fortschritt jeden Tag sichtbar. Die Eröffnung der FH war ein Höhepunkt, die kürzlich bewilligten 6,8 Millionen Euro Landesfördermittel für den Ringschluss ein anderer.

Statt Müll bewegt die Regionale auf der Leppe-Deponie viele Ideen für die künftige Nutzung des Areals. 2007 bekamen wir schon einen Eindruck davon mit Downhill-Rennen und den Forschungsaktivitäten von Schülerinnen und Schülern. Vor allem aber wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt, der Anfang November mit einem guten Ergebnis abgeschlossen wurde. Der Siegerentwurf von Fenner Steinhauer Weisser Landschaftsarchitekten Düsseldorf sieht unter anderem eine schrittweise Weiterentwicklung des Geländes mit Kompetenz- und Gewerbegebiet für Umwelttechnologien vor.

Beim Leppe-Projekt „metabolon“ und dem Talsperrenverbund „Wasserquintett“ geht die Qualifizierung 2008 weiter mit dem großen Ziel, im Sommer für beide Projekte den A-Status zu erlangen. Da heißt es 2008 Gas geben.

Das Etappenziel „A-Stempel“ haben wir mit unserem Schloss-Homburg-Projekt in diesem Jahr bereits erreicht. Damit wir – Ihren Baubeschluss vorausgesetzt - 2008 in die Zukunft von Schloss Homburg starten können, erhielt der Oberbergische Kreis für die Erweiterung des Museums vor wenigen Wochen grünes Licht von der Bezirksregierung. Mit dem Bewilligungsbescheid über 5,6 Millionen Euro Fördermittel und dank des finanziellen Engagements des Fördervereins und der Kreissparkasse Köln stehen wir bestens gerüstet in den Startlöchern.

Baumaßnahmen

Das Signal für die Erweiterung und Modernisierung des Berufskollegs Wipperfürth habe ich mit dem Spatenstich im Oktober gegeben. Der Oberbergische Kreis investiert bis 2010 zehn Millionen Euro, um die

Ausbildungsmöglichkeiten auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Über den dritten Bauabschnitt werden wir heute hier noch entscheiden.

Bauarbeiten erwarten uns auch an der Kreisleitstelle in Kotthausen, die zu einem Krisenreaktionszentrum ausgebaut wird. Die bundes- und landesweite Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes macht das notwendig. In speziellen Schadenslagen muss der Kreis die Einsatzkräfte von Kommunen und Hilfsorganisationen mit Ausrüstung und Organisationshilfen unterstützen.

Versorgungs- und Umweltverwaltung

Während in Wipperfürth und Kotthausen das Wachstum deutlich sichtbar sein wird, wächst die Kreisverwaltung innerhalb der Kreishausmauern. Wir bekommen neue Aufgaben und neues Personal, das wir vom Land übernehmen. Dazu zählen zahlreiche Aufgaben der Umwelt- und Versorgungsverwaltung. Der Oberbergische Kreis ist künftig zuständig für den Immissionsschutz und genehmigt beispielsweise Abfallsortieranlagen, Rotations-Druckereien und Steinbrüche. Das Umweltamt ist nun Ansprechpartner für Unternehmen, die es jetzt statt mit drei nur mit einer Behörde zu tun haben. Mit der Übernahme der Versorgungsverwaltung kümmert sich der Kreis um die Belange Schwerbehinderter und zahlt zudem ab 1. Januar 2008 das Elterngeld aus.

Mehr Aufgaben bedeuten mehr Kosten – deshalb muss das Konnexitätsprinzip gelten. Mehr Aufgaben bedeuten aber auch mehr Kompetenz, eine breitere Angebotspalette und vor allem mehr Bürgernähe.

Absenkung der Schwellenwerte und additive Schwellenwerte:

Mit den Dienstleistungen einer Verwaltung näher an den Menschen sein, das soll auch die Absenkung der Schwellenwerte erreichen. Ob das

immer Sinn macht, müssen Kreis und Kommunen in enger Abstimmung entscheiden. Das wird eine weitere wichtige Aufgabe 2008 sein.

Am 17.10.2007 ist das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Kraft getreten. Eines der Kernelemente der darin enthaltenen Neuregelungen ist die Absenkung der Schwellenwerte. Danach kann eine Stadt Große kreisangehörige Stadt werden, wenn ihre Einwohnerzahl 50.000 überschreitet. Begünstigt von dieser Regelung ist die Stadt Gummersbach. Bislang waren zur Erreichung dieses Status 60.000 Einwohner erforderlich. Mittlere kreisangehörige Stadt kann künftig werden, wer anstelle der bislang erforderlichen 25.000 nunmehr 20.000 Einwohner beheimatet. Hiervon können die Stadt Bergneustadt sowie die Gemeinden Reichshof, Engelskirchen und Lindlar profitieren.

Die Auswirkung der Gesetzesänderung für den Oberbergischen Kreis besteht darin, dass mit der Anerkennung einer Stadt als große bzw. mittlere kreisangehörige Stadt verschiedene Aufgaben, z.B. die Erteilung von Baugenehmigungen oder einige straßenverkehrsrechtliche Tätigkeiten, per Gesetz auf die übernehmenden Kommunen übergehen. Für diese Kommunen besteht auch die Möglichkeit, ein eigenes Jugendamt zu führen.

Das Gesetz geht noch weiter und eröffnet den Städten und Gemeinden im Rahmen der sog. additiven Schwellenwerte auch die Möglichkeit, interkommunal zusammen zu arbeiten. Ein solcher Zusammenschluss ermächtigt die damit entstehenden Verbünde, den Übergang von Aufgaben auf Antrag zu fordern. Ausgeschlossen ist dies nur für den Bereich des Jugendamtes.

Sicher lässt sich über den Sinn der Novellierung streiten. Der Gesetzgeber hat den Kreisen mit dieser Regelung eine große Planungsunsicherheit beschert, da die Übernahme dieser Aufgaben in kurzer Zeit realisiert werden kann und ein Einvernehmen mit dem Kreis nicht erforderlich ist. Aber der Kreis wird sich auch dieser

Herausforderung stellen und sich in einem offenen Dialog mit den Wünschen und Fragen der Städte und Gemeinden auseinandersetzen.

Allerdings gibt es aus meiner Sicht Aufgaben, die gerade vor dem Hintergrund kreiseinheitlicher Regelungen unbedingt in der Hand des Kreises verbleiben sollten. Das Jugendamt, die Leitstelle und die zentrale Ausländerbehörde gehören für mich dazu.

Erste Signale seitens verschiedener Kommunen lassen nach meinem Eindruck auch erkennen, dass dort ausführlich analysiert wird, ob der Übergang spezieller Aufgaben sinnvoll ist und stärken meine Hoffnung, dass hier sinnvolle und tragfähige Lösungen in breitem Konsens zum Wohle der Einwohnerrinnen und Einwohner des Oberbergischen Kreises gefunden werden.

Ich kann an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen: Der Oberbergische Kreis ist für seine Kommunen immer Gesprächsbereit.

Schlussteil:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

Auf die Frage nach dem Geheimnis seines Erfolges hat der amerikanische Musiker und Komponist Ray Conniff geantwortet:

„Sich nie damit zufrieden geben, dass man selbst zufrieden ist“.

Sich der Zufriedenheit hinzugeben, bedeutet Stagnation. Und Stagnation ist der erste Schritt zurück.

Die Kreisverwaltung marschiert vorwärts. Der Oberbergische Kreis hat sich in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt und sein Profil geschärft. Die Verwaltung mit ihren qualifizierten Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern stellt mittlerweile ein anerkanntes und sehr gut funktionierendes Dienstleistungsunternehmen dar.

An diesem Prozess werden die gesamte Verwaltung und ich auch in Zukunft mit aller Energie weiterarbeiten. Im engen Verbund mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wollen wir Oberberg nach vorne bringen.

Abschließend möchte ich mich für die Aufstellung des Haushaltsentwurf 2008 bei Herrn Kreiskämmerer Krüger und den Kolleginnen und Kollegen, die hierbei beteiligt waren, bedanken. Gleichmaßen gilt mein Dank natürlich auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Sie sorgen trotz immer schwieriger werdenden Bedingungen mit viel Engagement dafür, dass der Motor Kreisverwaltung rund läuft. Dafür mein herzlicher und ganz persönlicher Dank.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich erfolgreiche Haushaltsberatungen. Für weitergehende Erläuterungen und eine faire Diskussion in der Sache stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.